



# HESSISCHER LANDTAG

31. 03. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**betreffend Patienten in den Mittelpunkt - medizinische Versorgung  
besten Qualität auch im ländlichen Raum langfristig sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die ambulante medizinische Versorgung in Hessen seit einigen Jahren deutlichen Veränderungen ausgesetzt ist: Während in den Ballungsräumen ein großes Angebot von unterschiedlichsten Fachrichtungen vorhanden ist, geht die Zahl der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum zurück. Zudem ist die Verteilung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum sehr unterschiedlich. Für eine zunehmende Anzahl von Gemeinden und damit für die in ihnen lebenden Patientinnen und Patienten besteht deshalb die Gefahr, dass die ambulante medizinische Versorgung nicht mehr sichergestellt sein könnte. Ohne ausreichende Patientenzahlen lassen sich in bestimmten Regionen die klassischen Arztpraxen nicht mehr wirtschaftlich führen. Hier sind Innovation und neue Kooperationsformen gefragt.
2. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass der Arztberuf in den letzten Jahren ebenfalls einen deutlichen Wandel erfahren hat. Die Berufstätigkeit im ambulanten Sektor steht in wachsendem Wettbewerb mit anderen vielfältigen und attraktiven Berufsbildern für Medizinerinnen und Mediziner. Der ständig steigende Anteil von Medizinstudentinnen und die Abkehr vom klassischen Familienbild bei hoch qualifizierten Akademikerinnen und Akademikern verlangen zudem nach flexiblen Modellen für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit auch bei der ambulanten medizinischen Versorgung.
3. Der sozialpolitische Ausschuss des Landtags führt eine Expertenanhörung mit dem Titel "Sicherstellung der medizinischen Versorgung besten Qualität im ländlichen Raum" durch. In dieser Anhörung sollen neben Fachreferentinnen und -referenten der Hessische Landkreistag, die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, die Krankenkassen und Patienten-Vereinigungen in Hessen gehört werden. Ebenfalls sollen Kommunen gehört werden, in denen bereits innovative Konzepte der ambulanten Versorgung vorhanden sind.

Folgende Themen sollen u.a. berücksichtigt werden:

- konkrete Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Gemeinden bei der Problemlösung (Austausch kommunaler Lösungen, Beratungsstrukturen, etc.),
- mögliche Änderung der Planungsbereiche bzw. eine bessere Steuerung der Zulassungen,
- Einrichtung von Gesundheitskonferenzen auf Landkreis- und Gemeindeebene zur Gestaltung einer an den Menschen orientierten Gesundheitsversorgung vor Ort,
- Erarbeitung von regionalen Konzepten einer integrierten Versorgung,

- Förderung von Kooperationen mit anderen Leistungsanbietern (insb. Pflege),
- ideelle und materielle Unterstützung Medizinischer Versorgungszentren,
- Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und ärztlichem Beruf,
- Steigerung der Attraktivität des Arztberufes, gerade in ländlichen Regionen,
- Verhinderung von regionalen Versorgungsmonopolen durch Konzerne.

Wiesbaden, 31. März 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**